

Niederschrift

über die Sitzung des

Stadtrates

der Stadt Bad Berneck i. Fichtelgebirge

Sitzungstag:	25.06.2014
Sitzungsort:	Rathaus – Sitzungssaal
Vorsitzender:	Erster Bürgermeister Jürgen Zinnert
Protokollführer:	Verwaltungsamtmann Ulrich Bayer
Stadtratsmitglieder	StR. Joachim Beth StRin. Gaby Dittmar StR. Jürgen Hartmann StR. Hans Kreuzer StR. Wolfgang Kruhme StR. Raimund Michel 2. Bgm. Alexander Popp StR. Udo Sauerstein StR. Markus Scherm StRin. Sandra Schiffel StR. Richard Schneider StR. Christof Seidel StR. Klaus Sowada StRin. Frauke Wick
Entschuldigte Stadtratsmitglieder:	StRin Katharina John (krank) StR. Taner Ekici (berufsbedingt)

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 05.06.2014
2. Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
3. Annahme einer Geschäftsordnung
4. Bestellung der Referenten
5. Antrag der SPD-Fraktion auf Benennung eines Beauftragten für Migrations- und Ausländerfragen
6. Bildung und Besetzung der Ausschüsse
7. Erweiterung Kindertagesstätte „Kindernest“ um zwei Kinderkrippengruppen; Auftragsvergabe für die Zimmerer- und Holzbauarbeiten

1. Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 05. Juni 2014

Erster Bürgermeister Zinnert rief den vorstehenden Tagesordnungspunkt auf verbunden mit der Frage, ob es Einwände gegen die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 05. Juni 2014 gebe. Nachdem diesbezüglich keine Änderungswünsche oder Anmerkungen gemacht wurden, wurde das Protokoll unverändert zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **13 : 0 Stimmen dafür** (bei einer Enthaltung – Stadtrat Raimund Michel war bei der vorhergehenden Sitzung nicht anwesend gewesen). Stadtrat und 2. Bürgermeister Alexander Popp traf erst nach der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt im Sitzungssaal ein und nahm sodann an den weiteren Beratungen teil.

In Anbetracht dessen, dass die Architektin Frau Endrejat-Szathmary wegen des Tagesordnungspunktes 7 ebenfalls zugegen war, bat 1. Bürgermeister Zinnert das Gremium darum, ob nicht damit Einverständnis bestünde, vorgenannten TOP vorzulegen, um der Genannten eine längere mögliche Wartezeit zu ersparen. Damit bestand allseits Einverständnis.

7. Erweiterung Kindertagesstätte „Kindernest“ um zwei Kinderkrippengruppen; Auftragsvergabe für die Zimmerer- und Holzbauarbeiten

Die Zimmerer- und Holzbauarbeiten zur Erweiterung der Kindertagesstätte „Kindernest“ um zwei Kinderkrippengruppen wurden vom Planungsbüro Anneliese Endrejat-Szathmary, Sparneck, gemäß einer mit der Stadt Bad Berneck abgestimmten Firmenliste beschränkt ausgeschrieben. Die ausgeschriebene Leistung umfasst die Außen- sowie tragende Innenwände in Holzrahmenbauweise, die Zimmererarbeiten für den Dachstuhl sowie die Holzverkleidung für Teilbereiche der Fassade.

Zur Angebotseröffnung am 18.06.2014 lagen 5 Angebote vor. Nach rechnerischer Prüfung der Angebote hatte die Ausschreibung folgendes Ergebnis:

	Angebotssumme (brutto)
• HOBA Abbund GmbH, Stambach	101.612,49 € ./. 2 % Skonto

Nach Prüfung und Wertung der Angebote und unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte empfiehlt das Architekturbüro Anneliese Endrejat-Szathmary, den Auftrag an die wenigstnehmende Firma HOBA Abbund GmbH, Oelschnitz 33, 95236 Stambach zu vergeben. Das Angebotsergebnis liegt unter der vom Büro Endrejat-Szathmary erstellten Kostenberechnung.

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat nimmt vom vorstehenden Ausschreibungsergebnis Kenntnis und erteilt der Firma HOBA Abbund GmbH, Oelschnitz 33, 95236 Stambach, den Auf-

trag für die Zimmerer- und Holzbauarbeiten zur Erweiterung der Kindertagesstätte „Kindernest“ um zwei Kinderkrippengruppen zum Angebotspreis von 101.612,49 € -brutto- abzüglich 2 % Skonto. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2014 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: **15 dafür : 0 Stimmen dagegen**

2. Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Nachdem dieser Tagesordnungspunkt durch den 1. Bürgermeister aufgerufen worden ist, führte dieser erläuternd dazu aus, dass der Stadtrat bereits in seiner Sitzung vom 21.05.2014 eine Beschlussfassung über die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vorgenommen hat. Damals wurde seitens der CSU-Fraktion beantragt, künftig auf den Jugend- und Sozialausschuss zu verzichten und zum anderen bei allen anderen Ausschüssen die Zahl der Ausschussmitglieder von bislang 6 beziehungsweise 7 auf künftig 5 zu straffen.

Diese Anträge wurde beschlussmäßig abgelehnt mit der Folge, dass seitens der CSU- und FW-Fraktion wiederum keine Zustimmung zur Geschäftsordnung erfolgte, was auf Dauer bei fehlender Kompromissbereitschaft dazu geführt hätte, dass in dieser Frage letztendlich eine Entscheidung der Rechtsaufsicht hätte herbeigeführt werden müssen.

In den vergangenen Wochen erfolgten Gespräche zwischen den Fraktionsvertretern, die die Bereitschaft eines Aufeinanderzugehens durchaus erkennbar werden ließen, was nun zur Folge hat, dass diese Satzung erneut auf die Tagesordnung zur Beratung gesetzt werden konnte mit dem Zweck, die strittigen Fragen nochmals zu behandeln, gegebenenfalls die betreffenden Passagen zu ändern, um eine endgültige Entscheidung herbeiführen zu können. Letztendlich dürfte es deswegen also ausschließlich um die Behandlung des § 2 Absatz 1 dieser Satzung gehen, der inhaltlich die Bestellung und Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse regelt.

In den vorbereitenden Gesprächen wurde insoweit folgender Konsens erzielt: a) der Stadtrat bestellt den Haupt- und Finanzausschuss sowie den Bau- und Umweltausschuss als beschließende Ausschüsse bestehend jeweils aus dem 1. Bürgermeister als Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern; b) der Stadtrat bestellt weiterhin den gesetzlich vorgeschriebenen Rechnungsprüfungsausschuss bestehend aus fünf ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern, aus deren Reihen vom Stadtrat der Vorsitzende zu bestimmen ist; c) der Stadtrat bestellt weiterhin den Stadtentwicklungsausschuss sowie den Jugend- und Sozialausschuss als vorberatende Ausschüsse bestehend jeweils aus dem 1. Bürgermeister als Vorsitzenden und sieben ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern.

Nach dieser Einleitung meldete sich Stadtrat Raimund Michel zu Wort und verlautbarte, dass er bei den vorbereitenden Gesprächen zwar nicht teilgenommen habe, aber für ihn vorrangig der Wählerwille aus der Kommunalwahl maßgeblich sei, demzufolge die SPD als stärkste Fraktion aus diesem Votum hervorgegangen sei und daraus resultierend nach dem Hare-Niemeyerschen Verteilungsver-

fahren seiner Partei die entsprechende Zahl von Ausschusssitzen zustehe, ohne dass es einer Änderung der Anzahl der Sitze bedürfte. Eine Abweichung davon könne er deswegen einfach nicht akzeptieren. Zudem rechtfertigte er die Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl des 2. Bürgermeisters als demokratisch rechtmäßigen Vorgang.

Stadtrat Hans Kreuzer entgegnete dem, dass er bisher bereits vier konstituierende Sitzungen des Stadtrates selbst miterlebt habe. Dabei hat sich das Gremium jeweils an die geänderten Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl entsprechend anpassen müssen. Er beklagte dabei, dass entgegen dem sonstigen Usus dieses Mal keine Vorgespräche stattgefunden hätten, in denen man sich vorher hätte austauschen können. Auch die CSU fühle sich in gleicher Weise dem Wählerwillen verpflichtet, wobei dieser dem Wahlergebnis geschuldet Kompromisse erforderlich mache. Dabei sei es gutes Recht der Fraktionen, sich eine eigene Meinung über die Gestaltung der Ausschüsse und die Besetzung der Referenten zu machen. Er stellte auch klar, dass der CSU nichts daran liege, etwas an bestimmten Positionen festzumachen. Es zeichne sich jedoch ab, dass bei alledem eine Basis für eine Zusammenarbeit in den nächsten sechs Jahren gefunden worden sein könnte.

Stadträtin Sandra Schffel schloss sich im Wesentlichen der Meinung ihres Vordrners an und betonte, dass es sicherlich nicht darum gehe, wegen der Vorgehensweise beleidigt zu sein. Da keine Partei und Fraktion alleine eine generelle Mehrheit aufweisen kann, hält sie es für ihre Gruppierung für richtig, dass die künftigen Ausschüsse entweder mit fünf oder sieben Mitgliedern besetzt seien.

Folgende Fassung des § 2 Abs. 1 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts stand zur Abstimmung an:

„§ 2

- (1) Der Stadtrat bestellt zur Mitwirkung bei der Erledigung seiner Aufgaben folgende ständige Ausschüsse:
- a) den Haupt- und Finanzausschuss, bestehend aus dem ersten Bürgermeister als Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern,
 - b) den Bau- und Umweltausschuss, bestehend aus dem ersten Bürgermeister als Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern,
 - c) den Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus fünf Mitgliedern des Stadtrates. Den Vorsitz führt ein vom Stadtrat bestimmtes Ausschussmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO),
 - d) den Sozial- und Jugendausschuss, bestehend aus dem ersten Bürgermeister als Vorsitzenden und sieben ehrenamtlichen Mitgliedern,
 - e) den Stadtentwicklungsausschuss, bestehend aus dem ersten Bürgermeister als Vorsitzenden und sieben ehrenamtlichen Stadtratsmitgliedern.“

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür : 1 Stimme dagegen

Folgende Fassung des § 2 Abs. 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts stand zur Abstimmung an:

„§ 2

- (2) Die Ausschüsse sind vorberatend tätig, soweit der Stadtrat selbst zur Entscheidung zuständig ist. Im Übrigen beschließen sie mit Ausnahme des Stadt-

entwicklungsausschusses sowie des Sozial- und Jugendausschusses anstelle des Stadtrates (beschließende Ausschüsse).

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür : 1 Stimme dagegen

Es erfolgte eine weitere Abstimmung über nachfolgenden Beschluss:

„Die Beschlüsse zum Tagesordnungspunkt Nr. 4 der Stadtratssitzung vom 21.05.2014 Ziffern 1. a) Nr. 1.1, Nr. 1.2, Nr. 1.3, Nr. 1.4, Nr. 1.5, Nr. 1.6 werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür : 1 Stimme dagegen

3. Annahme einer Geschäftsordnung

Zu diesem Tagesordnungspunkt führte 1. Bürgermeister Zinnert dazu aus, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 21.05.2014 bezüglich der Geschäftsordnung ursprünglich keinerlei Änderungswünsche vorgebracht hatte. In der Sitzung des Stadtrates vom 05.06.2014 unter Tagesordnungspunkt 2 stellte die CSU-Fraktion den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes zur Annahme der Geschäftsordnung, da es zwischen der Geschäftsordnung und der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechtes eine gegenseitige Abhängigkeit gibt und eine Beratung nur über beide Themen in einer Sitzung stattfinden könne. Diesem Antrag schloss sich der gesamte Stadtrat einstimmig an. 1. Bürgermeister Zinnert merkte sodann an, dass sich mögliche Änderungen allenfalls auf die Paragraphen 6 bis 8 der Geschäftsordnung beziehen dürften.

Infolgedessen unterstellte der Versammlungsleiter, dass die soeben beschlossenen Änderungen bezüglich der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechtes analog in diesen betreffenden Teil der Geschäftsordnung einzuarbeiten wären und weiterhin die bisherige Stellvertreterregelung dahingehend zu ändern wäre, dass zukünftig für jedes Ausschussmitglied für den Fall seiner Verhinderung nicht nur ein Stellvertreter namentlich bestellt wird, sondern vielmehr je zwei Stellvertreter in einer bestimmten Reihenfolge namentlich bestellt werden.

Folgende Fassung des § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung wird zur Abstimmung gestellt:

„§ 6

Absatz 2: Für jedes Ausschussmitglied wird für den Fall seiner Verhinderung ein Stellvertreter sowie ein weiterer Stellvertreter jeweils namentlich bestellt.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Folgende Fassung des § 7 Abs. 2 der Geschäftsordnung wird zur Abstimmung gestellt:

„§ 7

Absatz 2: Es werden folgende vorberatende Ausschüsse gebildet:
„Stadtentwicklungsausschuss“ und „Sozial- und Jugendausschuss“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

In § 8 sind die beschließenden Ausschüsse aufgeführt, wobei in Absatz 3 insbesondere deren Aufgabenbereiche genau definiert sind. In Anbetracht des Umstandes, dass dort bisher unter Ziffer 3 der Sozial- und Jugendausschuss aufgeführt gewesen ist, wird der Vorschlag unterbreitet, diesen Passus gänzlich zu streichen.

„Der Stadtrat beschließt die Streichung des § 3 Abs. 3 Ziffer 3 aus der Geschäftsordnung.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

4. Bestellung der Referenten

Erster Bürgermeister Zinnert führte zu dieser Thematik aus, dass in der Sitzung des Stadtrates vom 21.05.2014 durch 2. Bürgermeister Alexander Popp vorgelesen worden ist, dass die Anzahl der Referenten in der bisherigen Weise nicht mehr notwendig sei und aus diesem Grunde der Antrag gestellt worden ist, die Referate auf die Bereiche Finanzen, Bauen/Ver- und Entsorgung, Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie Verkehr/Umwelt/Natur zu reduzieren. Sowohl in dieser Sitzung als auch in der Sitzung vom 05.06.2014 wurde dieser Tagesordnungspunkt jeweils abgesetzt.

Erster Bürgermeister Zinnert machte deutlich, dass er den Verzicht auf jedes einzelne Referat als deutlichen Verlust für den Stadtrat empfindet, weil er die Befürchtung damit verbindet, dass womöglich die individuelle Engagementbereitschaft darunter womöglich leiden könnte. In der jüngsten Vergangenheit wurde zusammen mit den Beauftragten der Fraktionen ein Einvernehmen erzielt, das darauf hinausläuft, dass es künftig Referenten für folgende Bereiche geben soll.

- Finanzen
- Bau, Ver- und Entsorgung
- Feuerwehr und Katastrophenschutz
- Verkehr, Umwelt und Natur
- Jugend und Soziales
- einen aus den Reihen des Stadtrates zu bestellenden Seniorenbeauftragten
- einen Beauftragten für Migrations- und Ausländerfragen

Stadtrat Richard Schneider bekundete, dass es ihm schwerfalle, der Abschaffung von Referenten und Referaten beizupflichten, da diese stets Ansprechpartner für die Bürger gewesen sind, dabei keine Kosten verursacht und gute Arbeit geleistet haben.

Stadtrat Hans Kreuzer äußerte dazu, dass derartige Einrichtungen auch dazu führen können, dass die Arbeit gehemmt wird, zumal andere Gemeinden auch keine derartigen Referenten aufzuweisen haben. Ein Referent ist ohnedies nicht dazu in der Lage, den berufsmäßig in der Verwaltung Beschäftigten deren diesbezügliche Arbeit abzunehmen. Seiner Meinung nach entstehen durch eine Nichtbesetzung von bisherigen Referenten keinerlei Lücken.

Stadträtin Sandra Schiffel ist der Ansicht, dass die ehrenamtlichen Referenten viel bewirkt haben und führt dazu beispielsweise den Bereich Kultur an, wo unheimlich viel geleistet worden ist. Sie argumentierte allerdings auch dahingehend, dass der Aufgabenbereich eines Wirtschaftsreferenten ehrenamtlich nicht leistbar sei und sie deswegen dafür plädiere, dass eine solche Person hauptamtlich eingestellt werden sollte. Anmerken wollte sie dabei auch, dass sie keine Probleme darin sieht, dass ein Stadtratsmitglied generell als Ansprechpartner für Bürger fungiert unabhängig davon, ob dieser ein Referentenamt bekleidet oder nicht.

Stadtrat Klaus Sowada ergänzte noch, dass allein die Bestellung als Referent im Stadtrat wohl nicht dafür dienen könne, sich umso motivierter für bestimmte Teilbereiche einzusetzen.

Es erfolgten einzelne Abstimmungen über die Bestellung von Referenten des Stadtrates:

a) „Der Stadtrat beschließt die Einrichtung eines Finanzreferenten.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

b) „Der Stadtrat beschließt die Bestellung eines Referenten für Bauangelegenheiten und Fragen der Ver- und Entsorgung.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

c) „Der Stadtrat beschließt die Bestellung eines Referenten für Feuerwehrangelegenheiten und Katastrophenschutz.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

d) „Der Stadtrat beschließt die Bestellung eines Referenten für Verkehr sowie Umwelt- und Naturangelegenheiten.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

e) „Der Stadtrat beschließt die Bestellung eines Referenten für Jugend und Soziales.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

f) „Der Stadtrat beschließt die Bestellung eines Seniorenbeauftragten.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

g) „Der Stadtrat beschließt die Bestellung eines Beauftragten für Migrations- und Ausländerfragen.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

An dieser Stelle beantragte Stadtrat Raimund Michel zusätzlich die Bestellung eines Referenten für Schulfragen, da diese künftig immer mehr an Bedeutung gewinnen werden. Darüber wurde sogleich abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 Stimmen dafür : 10 Stimmen dagegen

Nachdem das generelle Einvernehmen über die Bestellung von Referenten für die vorgenannten Bereiche hergestellt gewesen ist, bat 1. Bürgermeister Zinnert um Benennung von Vorschlägen zur Besetzung der Referentenposten.

Für den Posten des Finanzreferenten wurde vorgeschlagen Stadtrat Hans Kreuzer.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Finanzreferenten mit dem Stadtrat Hans Kreuzer zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Für den Posten des Baureferenten wurde vorgeschlagen Stadtrat Markus Scherm.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Baureferenten mit dem Stadtrat Markus Scherm zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Für den Posten des Feuerwehrreferenten wurde vorgeschlagen Stadtrat Jürgen Hartmann.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Feuerwehrreferenten mit dem Stadtrat Jürgen Hartmann zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Für den Posten des Verkehrsreferenten wurde vorgeschlagen Stadtrat Klaus Sowada. Weiterhin wurde dafür vorgeschlagen Stadtrat Raimund Michel. Daraufhin wurde der Vorschlag Klaus Sowada wieder zurückgezogen.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Verkehrsreferenten mit dem Stadtrat Raimund Michel zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Für den Posten des Jugendreferenten wurde vorgeschlagen Stadträtin Frauke Wick.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Jugendreferenten mit der Stadträtin Frauke Wick zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Für den Posten des Seniorenbeauftragten wurde vorgeschlagen Stadtrat Joachim Beth.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Seniorenbeauftragten mit dem Stadtrat Joachim Beth zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

Für den Posten des Beauftragten für Migrations- und Ausländerfragen wurde vorgeschlagen Stadtrat Taner Ekici.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Beauftragten für Migrations- und Ausländerfragen mit dem Stadtrat Taner Ekici zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

5. Antrag der SPD-Fraktion auf Benennung eines Beauftragten für Migrations- und Ausländerfragen

Die SPD-Fraktion hatte in der Stadtratssitzung vom 21.05.2014 einen Antrag gestellt gehabt, dass im Rahmen der Bestellung der Referenten neuerdings ein Beauftragter für Migrations- und Ausländerfragen installiert werden möchte. Aufgrund der in dieser Sitzung vorhergehenden Beschlussfassung hat sich dieser Tagesordnungspunkt selbstredend erledigt und bedarf daher keiner weiteren Behandlung.

6. Bildung und Besetzung der Ausschüsse

Entsprechend der Vorberatungen und der Beschlüsse unter Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Sitzung gilt es nunmehr die namentliche Besetzung der fünf Ausschüsse mit den ordentlichen Ausschussmitgliedern und deren Stellvertretern vorzunehmen. Von den Fraktionen wurden folgende Benennungen vorgenommen:

Haupt- und Finanzausschuss mit 5 Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Hans Kreutzer	(Christof Seidel, Markus Scherm)
Klaus Sowada	(Markus Scherm, Gaby Dittmar)
Katharina John	(Wolfgang Kruhme, Taner Ekici)
Udo Sauerstein	(Richard Schneider, Frauke Wick)
Sandra Schiffel	(Alexander Popp, Jürgen Hartmann)

Bau- und Umweltausschuss mit 5 Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Markus Scherm	(Klaus Sowada, Gaby Dittmar)
Christof Seidel	(Gaby Dittmar, Hans Kreutzer)
Raimund Michel	(Wolfgang Kruhme, Frauke Wick)
Richard Schneider	(Udo Sauerstein, Taner Ekici)
Jürgen Hartmann	(Sandra Schiffel, Alexander Popp)

Sozial- und Jugendausschuss mit 7 Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Gaby Dittmar	(Klaus Sowada, Hans Kreutzer)
Christof Seidel	(Hans Kreutzer, Markus Scherm)
Wolfgang Kruhme	(Udo Sauerstein, Raimund Michel)
Taner Ekici	(Katharina John, Richard Schneider)
Frauke Wick	(Udo Sauerstein, Raimund Michel)
Alexander Popp	(Jürgen Hartmann, Sandra Schiffel)
Joachim Beth	(Sandra Schiffel, Jürgen Hartmann)

Stadtentwicklungsausschuss mit 7 Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Christof Seidel	(Gaby Dittmar, Hans Kreutzer)
Klaus Sowada	(Markus Scherm, Gaby Dittmar)
Wolfgang Kruhme	(Udo Sauerstein, Raimund Michel)
Katharina John	(Raimund Michel, Richard Schneider)
Taner Ekici	(Richard Schneider, Frauke Wick)
Alexander Popp	(Jürgen Hartmann, Joachim Beth)
Sandra Schiffel	(Joachim Beth, Jürgen Hartmann)

Rechnungsprüfungsausschuss mit 5 Mitgliedern:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Hans Kreutzer	(Klaus Sowada, Christof Seidel)
Markus Scherm	(Christof Seidel, Gaby Dittmar)
Richard Schneider	(Raimund Michel, Wolfgang Kruhme)
Frauke Wick	(Taner Ekici, Udo Sauerstein)
Joachim Beth	(Jürgen Hartmann, Alexander Popp)

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt den Stadtrat Hans Kreutzer als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zu bestellen:

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

Gemäß den satzungsmäßigen Regularien der Carl-und-Elisabeth-Thiesen-Stiftung hat der Stadtrat zudem in den dortigen Stiftungsausschuss zwei Mitglieder zu entsenden, von denen möglichst einer als Arzt oder Lehrer in Bad Berneck tätig sein soll. Aus den Stadtratskreisen werden als Vorschläge die beiden bereits vorhergehenden Mitglieder Alexander Popp und Katharina John eingebracht.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, die beiden Stadratsmitglieder Alexander Popp und Katharina John als Mitglieder in den Stiftungsausschuss der Carl-und Elisabeth-Thiesen-Stiftung zu entsenden.“

Abstimmungsergebnis: **15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen**

Für den Posten des Jugendreferenten wurde vorgeschlagen Stadträtin Frauke Wick.

Beschluss: „Der Stadtrat beschließt, den Posten des Jugendreferenten mit der Stadträtin Frauke Wick zu besetzen.“

Abstimmungsergebnis: 15 Stimmen dafür : 0 Stimmen dagegen

Nachdem die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung abgearbeitet worden war, bat 1. Bürgermeister Zinnert um weitere Wortmeldungen, wenn diesbezüglich Bedarf bestehen sollte.

Erster Bürgermeister Zinnert wies darauf hin, dass am 29.06.2014 ein trassenweiter Aktionstag gegen die geplante Stromtrasse stattfinden wird. Bürgerinitiativen entlang des gesamten Trassenverlaufes veranstalten an diesem Tag Protestaktionen. Für unsere Region ist eine Kundgebung am Goldkronacher Badensee vorgesehen, zu der dorthin gelaufen werden kann, aber auch Fahrtmöglichkeiten bestehen. Die Bevölkerung wird dazu eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Stadträtin Gaby Dittmar meldete sich zu Wort und merkte an, dass die Festspielzeit in Bayreuth unmittelbar bevorstehe und infolgedessen erfahrungsgemäß viele Übernachtungsgäste in Bad Berneck verweilen werden. Dies sollte zum Anlass genommen werden, auf die allgemeine Sauberkeit in der Stadt hinzuweisen. Zudem sollten die Rinnsteine gefegt werden; auch das Ausgrasen des Bereiches um die Bushaltestelle am früheren Bahnhof sollte in kürzeren Abständen erfolgen.

Stadtrat Christof Seidel legte einen schriftlichen Antrag vor, in dem er bezüglich städtischer Baumaßnahmen darum ersucht, dass eine regelmäßige Vorlage von Kosten erfolgen möge sowie damit einhergehend eine Terminkontrolle. Dabei ist gewünscht, dass dem Stadtrat in möglichst kurzen Abständen Terminberichte vorgelegt werden sollen und dabei gleichzeitig eine regelmäßige und exakte Kontrolle der Baukosten stattfinden soll.

Zweiter Bürgermeister Alexander Popp ergriff das Wort und wies darauf hin, dass die Möglichkeit bestünde, für die Stadt Bad Berneck einen Zuschussbetrag von 5.000,00 € zu beantragen, der dann gewährt wird für eine einleitende Untersuchung für den Breitbandausbau. 1. Bürgermeister Zinnert dankte für den Hinweis und stellte fest, dass eine diesbezügliche Beantragung bereits vorgenommen worden ist.

Stadtrat Udo Sauerstein machte darauf aufmerksam, dass die Umleitungsstrecke wegen der Baustelle im Bärnreuther Weg aufgrund der starken Befahrung nochmals überarbeitet und ausgebessert werden müsste.

Stadtrat Jürgen Hartmann wollte eine Auskunft über den Stand der Angelegenheit der Ablagerungen im Heinersreuther Weg. 1. Bürgermeister Zinnert räumte ein, dass in diesem Fall noch kein Fortgang erreicht werden konnte.

Ende der Sitzung 21.00 Uhr

Zinnert
Erster Bürgermeister

Bayer
Schriftführer